

Graslebener Streit greift um sich

Nun droht auch in der Gemeinde Mariental Ungemach zur Entlastungsstraße

von Katja Weber-Diedrich

Grasleben/Mariental. Weil er ohne Abstimmung mit dem Gemeinderat gehandelt hat, droht Marientals neuem Ortsbürgermeister Martin Klein Ungemach. Thema ist die Entlastungsstraße für Grasleben, deren Streitpotenzial sich damit über die Graslebener Gemeindegrenzen hinaus ausdehnt.

Eine vier Seiten umfassende Pressemitteilung hat die ZukunftsGruppe Mariental, ein Zusammenschluss aus SPD und Bürgerfraktion mit den Ratsmitgliedern Marcel Luckstein, Fred Worch, Christa Müller und Lothar Meyer, verfasst, die einen Brief Martin Kleins kritisiert, den er als Ortsbürgermeister Marientals bei der Gemeinderatssitzung in Grasleben verteilt hatte.

Klein hatte im Namen der Gemeinde Mariental geschrieben, dass die Ortschaft eine Südumgehung um Grasleben herum unter anderem deshalb ablehnen würde, weil die beiden Ortsteile Horst und Dorf durch diese Straße getrennt würden.

Die ZukunftsGruppe Mariental betont nun, dass der Marientaler Gemeinderat noch gar keinen Beschluss gegen die Südumgehung gefasst, das Thema nicht einmal auf der Tagesordnung hatte. „Die Stellungnahme ist folglich von Herrn Klein ohne jegliche Legitimation des Rates, im Namen der Gemeinde Mariental, abgegeben worden“, kritisiert die ZukunftsGruppe und erinnert daran, dass Martin Klein bereits in der Bauausschusssitzung in Grasleben vier Wochen zuvor mit seiner mündlichen Aussage den gleichen Rechtsverstoß begangen habe.

„Herr Klein missbraucht aus Sicht der ZukunftsGruppe Mariental somit das Bürgermeister-

persönliche Meinung und die der CDU-MF-Gruppe kundzutun“, lautet die Kritik weiter. Und: „Derartige Stellungnahmen der Gemeinde Mariental obliegen, nach entsprechenden Ratsbeschlüssen, unseres Erachtens ausschließlich der Gemeindedirektorin.“

Für eine Stellungnahme der Mehrheitsgruppe aus CDU und MF hingegen sei wiederum deren Gruppenvorsitzender Andy Köhler verantwortlich und nicht der Bürgermeister als „einfaches“ Gruppenmitglied.

Schließlich gibt die ZukunftsGruppe Mariental zu bedenken, dass auch sie dem Bürgermeister der Gemeinde Grasleben, Carsten Strauß, für die Ratssitzung, in der über die Entlastungsstraße entschieden wurde, ebenfalls eine Stellungnahme übersandt habe, die im Gegensatz zum Brief Martin Kleins aber nicht als Tischvorlage verteilt wurde.

Am Ende dreht sich der Ärger

um die Tatsache, dass die ZukunftsGruppe Mariental ebenso wie die Mehrheit im Graslebener Gemeinderat eine Südumgehung begrüßt und sie keinesfalls ablehnt.

Denn Mariental-Horst sei ebenso von zunehmendem Straßenverkehr mit erhöhten Abgasen und Lärm betroffen.

„Diesbezüglich muss auch aus Sicht der ZukunftsGruppe Mariental der Blick bei einer entsprechenden Planung einer Entlastungsstraße, auf die größtmögliche Entlastung, sprich aller Anwohnerinnen und Anwohner in allen Gemeinden, an allen betroffenen Straßen gerichtet sein. Und dabei nicht nur mit Blick auf unsere Mitgliedsgemeinden in der Samtgemeinde, sondern solidarisch und gemeinschaftlich auch über die Landesgrenze hinaus in die Stadt Oebisfelde-Weferlingen.“

Die komplette Pressemitteilung ist unter www.helmstedter-sonntag.de nachzulesen.